Sammlung der Rechtsprechung

Rechtssache C-249/24

RT
und
ED
gegen
Ineo Infracom

(Vorabentscheidungsersuchen der Cour de cassation [Frankreich])

Urteil des Gerichtshofs (Fünfte Kammer) vom 4. September 2025

„Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Massenentlassungen – Richtlinie 98/59/EG – Art. 1 Abs. 1 – Anwendungsbereich – Begriff ‚Entlassung' – Tarifvertrag über interne Personalmobilität – Betriebsbedingte Entlassungen, nachdem die Anwendung dieses Tarifvertrags abgelehnt wurde – Beendigung des Arbeitsvertrags auf Veranlassung des Arbeitgebers aus einem oder mehreren Gründen, die nicht in der Person der Arbeitnehmer liegen – Art. 2 – Verfahren zur Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter"

1. *Sozialpolitik – Rechtsangleichung – Massenentlassungen – Richtlinie 98/59 – Anwendungsbereich – Begriff der Entlassung – Tarifvertrag über interne Personalmobilität – Betriebsbedingte Entlassungen, nachdem die Anwendung dieses Tarifvertrags abgelehnt wurde – Einbeziehung – Voraussetzungen – Überprüfung durch das nationale Gericht – Vom Arbeitgeber vorgeschlagene Änderung des Einsatzorts, die eine erhebliche Änderung eines wesentlichen Bestandteils des Arbeitsvertrags darstellt – Kündigung des Arbeitsvertrags, die eine Beendigung des Arbeitsvertrags auf Veranlassung des Arbeitgebers aus einem oder mehreren Gründen, die nicht in der Person der Arbeitnehmer liegen, darstellt – Berücksichtigung der Beendigungen des Arbeitsvertrags für die Berechnung der Zahl der Entlassungen*
(Richtlinie 98/59 des Rates, Art. 1 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a und Unterabs. 2)

(vgl. Rn. 41, 42, 47-51, Tenor 1)

2. *Sozialpolitik – Rechtsangleichung – Massenentlassungen – Richtlinie 98/59 – Verfahren zur Information und zur Konsultation der Arbeitnehmer – Entstehen der Konsultationspflicht – Treffen strategischer Entscheidungen oder zur Änderung von Tätigkeiten, die den Arbeitgeber zwingen, Massenentlassungen ins Auge zu fassen – Verhandlungen über die Bedingungen der beruflichen oder geografischen Personalmobilität ohne geplanten Personalabbau – Nichteinbeziehung – Tarifvertrag über interne*

Personalmobilität mit geplanten Massenentlassungen – Einbeziehung – Voraussetzungen – Überprüfung durch das nationale Gericht
(Richtlinie 98/59 des Rates, Art. 2 Abs. 3)

(vgl. Rn. 56, 57, 60-62, 65, 66, Tenor 2)

Siehe Text der Entscheidung.